

# KEINE STADTAUTOBAHN DURCH BREMEN

An den umweltpolitischen Sprecher  
der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft  
Herrn Jens Dennhardt, MdBB (SPD), nachrichtlich:  
MdBBs aller Fraktionen der Deputation für Umwelt

30.04.2010

**Bitte um Anfrage in der Bürgerschaft** zur Ermittlung von Schienenwegen im Bremer Umland

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dennhardt,

gern denke ich an das Gespräch mit Ihnen am 8. September 2008 zurück, in dem Sie beim Treffen unserer Bürgerinitiative zum Thema „Lärminderung als Gesundheitsschutz“ referiert haben. Wir haben damals den Inhalt des Gesprächs in einer Pressemitteilung festgehalten, die unter dem folgenden Link nachlesbar ist: <http://www.keine-stadtautobahn.de/Pressemitteilungen/PM20080913.php>

Obwohl die Reduzierung des Lärms durch Kfz-Verkehr im Bereich der Schwachhauser Heerstraße im Vordergrund der Aktivitäten unserer Bürgerinitiative steht, sind bekanntlich nicht wenige Anlieger/innen und BI-Unterstützer/innen zusätzlich auch von dem Lärm betroffen, den der Schienenverkehr der Deutschen Bahn verursacht - durch die Eisenbahnüberführung „Concordia-Tunnel“ und die Gleisstrecke, die zum Bremer Hauptbahnhof führt.

Die aktuelle Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zur „Ertüchtigung des Bahnknotens Bremen“ (Verlängerung Gleis 1 Strecke 1401) beunruhigt und alarmiert derzeit viele Bewohner der Bremer Innenstadt. Die Absicht der DB AG, durch eine Kapazitätserweiterung dort den bereits heute erheblichen Güterverkehr noch weiter zu steigern (nachts um rd. 100% d.h. von 83 (im Jahr 2007) auf 150 im Jahr 2015 (sic!)), läuft den Interessen einer menschenfreundlichen Stadtentwicklung zuwider. „Durchgangsverkehr“ durch das Zentrum einer (Groß-)Stadt ist ein Angriff auf die Gesundheit der Bevölkerung, der Gefahren für Leib und Leben der Anwohner beinhaltet – ganz gleich, ob es sich um Kfz-, Lkw- oder Eisenbahnverkehr handelt.

Wir wissen, dass Sie das ähnlich sehen und wenden uns daher - im Nachgang zum BI-Treffen vom 12.04.2010 - an Sie als Sprecher der Umweltdeputation mit der Bitte, die Bremische Bürgerschaft und den Senat für einen tatkräftigen Einsatz zur Verhinderung der DB-Pläne zu gewinnen. Neben dem Einspruch gegen die o.a. Planfeststellung könnte aus unserer Sicht ein erster Schritt zugunsten einer Alternativplanung sein, einmal die vorhandenen (aktiven und passiven=stillgelegten) **Potentiale an Schienenwegen im Bremer Umland** zu ermitteln, die aus den verschiedenen Himmelsrichtungen für Eisenbahnzüge von und nach Wilhelmshaven genutzt werden könn(t)en.

Wir gehen davon aus, dass bereits die Fixierung der Bahn auf die alleinige Nutzung der innerstädtischen Schienenwege durch Bremen eine unzulässige Engführung ist, der dann mit guten Gründen widersprochen werden könnte, um Schaden von Bremen abzuwenden.

Wir sehen Letzteres als Aufgabe des Parlaments wie des Senats unserer Freien Hansestadt, weshalb wir diese Bitte an Sie mit gleicher Post den Deputationsmitgliedern aller anderen Fraktionen wie auch den zuständigen Stellen des Senats zusenden. Für Ihre Antwortnachricht und – so hoffen wir – Ihren Einsatz in dieser Sache bereits im Voraus vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel, zurzeit BI-Sprecher; E-Mail-Anschrift: [Knebel@keine-stadtautobahn.de](mailto:Knebel@keine-stadtautobahn.de)

**Bürgerinitiative „Keine Stadtautobahn durch Bremen!“ [www.keine-stadtautobahn.de](http://www.keine-stadtautobahn.de)**

Kontaktadressen:

Dr. Gerald Kirchner, Bulthauptstraße 9, 28209 Bremen; Dr. Karl-Detlef Fuchs, Parkstraße 51, 28209 Bremen;  
Günter Knebel, Ludwigsburger Str. 22, 28215 Bremen; Reinhard Pahl, Richard-Wagner-Str. 40, 28209 Bremen;  
Norma Ranke, Bartensteiner Str. 53, 28213 Bremen.

**Konto:** Sonderkonto Interessengemeinschaft Aufweitungsgeschädigter (IgA), **SPARDA** Bank eG.,  
**Hannover BLZ 250 905 00, Kto. Nr. 100 873 861**